

Merkblatt

zur Gewährung von Sozialhilfeleistungen nach SGB XII und AsylbLG

Rechtsgrundlagen

- Sozialgesetzbuch (SGB), Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil,
- Sozialgesetzbuch (SGB), Zehntes Buch (X) Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und Erstattungs- und Ersatzansprüche der Leistungsträger gegen Dritte,
- Sozialgesetzbuch (SGB), Zwölftes Buch (XII) Sozialhilfe.

Neben diesen Gesetzen sind eine Reihe von länderspezifischen Ausführungsgesetzen, Verordnungen, Richtlinien und Bekanntmachungen für die Hilfestellung von Bedeutung.

Sozialhilfe als Teil der sozialen Sicherheit

Die Sozialhilfe ist ein Teil der sozialen Sicherheit, die dem einzelnen Menschen zu gewähren ist, wenn er sich aus einer Notlage nicht selbst befreien kann oder Hilfe von seinen Angehörigen bzw. von dritter Seite nicht erhält.

Nicht die staatliche Hilfe allein, sondern auch der Leistungsberechtigte selbst ist gefordert. Er muss nach seinen Kräften mitwirken, unabhängig von der Hilfe zu leben. Das bedeutet den Einsatz seiner Arbeitskraft, um den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen zu erlangen. Neben der eigenen Arbeitskraft sind Einkommen und Vermögen vorrangig vor der Gewährung von Sozialhilfeleistungen einzusetzen.

Sozialhilfe erhält ebenfalls nicht, wer die erforderliche Hilfe von anderen, insbesondere von Angehörigen, erhält.

Erst wenn diese Möglichkeiten nicht oder nicht mehr gegeben sind, entsteht ein Unterhaltsbedarf, der durch Leistungen der Sozialhilfe gedeckt wird.

Art und Umfang der Leistung

Die Sozialhilfe, mit Ausnahme der Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, setzt ein, sobald dem Sozialhilfeträger oder den von ihm beauftragten Stellen bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Leistung vorliegen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst den gesamten Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt und wird nach Regelsätzen erbracht. Davon umfasst sind insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat und die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in tatsächlicher Höhe erbracht, soweit diese angemessen ist.

Seit dem Jahr 2005 sind einmalige Leistungen in den Regelsatz einbezogen, Hierdurch obliegt den Leistungsberechtigten mehr Selbstverantwortung.

Bei Bedarf können Sie künftig selbständig einen Teil der monatlichen Leistungen für eine größere Anschaffung ansparen.

Gesondert erbracht werden weiterhin:

- Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte
- Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt
- Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen.

Schulden können nur übernommen werden, wenn dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist.

Mitwirkung des Leistungsberechtigten

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat gegenüber der Behörde die Pflicht zur Mitwirkung. Es sind alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind. Auf Verlangen der Behörde ist der Erteilung von erforderlichen Auskünften durch Dritte zuzustimmen. Alle Angaben sind durch Unterlagen, Urkunden oder durch eine sonstige Beteiligung zu belegen. Jede Änderung in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die für die Hilfeleistung erheblich ist, muss unverzüglich dem Sozialhilfeträger mitgeteilt werden. Diese Mitteilungspflicht besteht insbesondere dann, wenn der Leistungsempfänger und seine im Haushalt lebenden Angehörigen Einkommen erzielen, die der Behörde nicht bekannt sind. Diese Verpflichtung besteht auch, wenn sich das vorhandene Vermögen ändert, Angehörige im Haushalt aufgenommen werden oder aus dem Haushalt ausscheiden und wenn eine Änderung in den Wohnverhältnissen (z. B. durch Umzug) eintritt. Die Stellung von Anträgen, ein früherer Antrag sowie die Entscheidung über Gewährung bzw. Ablehnung anderer Sozialleistungen (z.B. Renten, rentenähnliche Leistungen, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II, Krankengeld u. a.) sind dem Sozialhilfeträger ebenso mitzuteilen wie die Einlegung von Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen anderer Sozialleistungsträger.

Die Unterlassung der Mitteilung von Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen an den Sozialhilfeträger führt dazu, dass die Leistung zurückgefordert wird und der Leistungsempfänger mit einer Strafverfolgung zu rechnen hat.

Dem persönlichen Zusammenwirken der Behörde mit dem Leistungsberechtigten wird eine besondere Bedeutung beigemessen. So ist der Leistungsberechtigte verpflichtet, zur mündlichen Erörterung des Antrags persönlich bei der Behörde zu erscheinen, wenn dies für die Entscheidung notwendig ist.

Als Folge fehlender Mitwirkung kann der Sozialhilfeträger die Leistung ganz oder teilweise

versagen bzw. entziehen, soweit die Voraussetzungen für eine Leistung nicht nachgewiesen sind. Der Sozialhilfeträger wird mit allen Kräften darauf hinwirken, dass der Leistungsberechtigte seinen Mitwirkungspflichten nachkommt.

Der Pflicht zur Mitwirkung sind aber auch Grenzen gesetzt. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der in Aussicht oder In Anspruch genommenen Sozialleistung stehen und für den Betroffenen zumutbar sein. Eine Mitwirkungsverweigerung kann dann berechtigt sein, wenn bei einer Behandlung oder Untersuchung Schäden für Leben oder Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht auszuschließen sind oder wenn erhebliche Schmerzen bzw. erhebliche Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit zu erwarten sind.

Kostenersatz

Kostenersatz kann der Sozialhilfeträger vom Leistungsempfänger fordern, wenn dieser nach Vollendung des 18. Lebensjahres die Leistungen der Sozialhilfe, oder deren Voraussetzungen, an sich selbst oder seine unterhaltsberechtigten Angehörigen durch vorsätzliches oder grobfahrlässiges Verhalten herbeigeführt hat.

Erben des Leistungsempfängers oder deren Ehegatten bzw. Lebenspartner werden unter gewissen Voraussetzungen zur Ersatzpflicht herangezogen.

Träger der Sozialhilfe

Für die Gewährung der Sozialhilfe sind in der Regel die kreisfreien Städte und die Landkreise als örtliche Träger der Sozialhilfe zuständig. In Ausnahmefällen sind es die nach dem Jeweiligen Landesrecht bestimmten überörtlichen Träger.

Für Heimbewohner ist der Träger der Sozialhilfe örtlich zuständig, in dessen Bereich sich der Hilfesuchende vor dem Heimeintritt gewöhnlich aufgehalten hat. Die Behörde prüft von Amts wegen den Sachverhalt und welche Hilfe in Frage kommt.

Empfangsbestätigung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt habe(n) ich/wir keine Fragen zur Antragstellung. Über die den Datenschutz betreffenden Bestimmungen wurde(n) Ich/wir Im Einzelnen über das oben Dargelegte hinaus informiert.

Ein Exemplar dieses Merkblattes wurde mir/uns ausgehändigt.

Ort, Datum

Unterschrift des Leistungsberechtigten

Unterschrift des Ehegatten / eingetragenen Lebenspartners / des Lebensgefährten

Schutz der Sozialdaten

Der Antrag auf Sozialhilfe für die verschiedenen Arten der Hilfeleistung sowie die im Verlauf der Bearbeitung anfallenden Unterlagen in den Akten enthalten Angaben über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse (Sozialdaten), die zur Bearbeitung und Entscheidung für die beantragte Leistung im Einzelfall erforderlich sind. Jeder Antragsteller bzw. Leistungsempfänger hat Anspruch darauf, dass die ihn betreffenden Sozialdaten von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis). Dadurch ist sichergestellt, dass die Sozialdaten nur Befugten zugänglich sind oder nur an diese weitergegeben werden. Sozialdaten eines Beschäftigten eines Sozialträgers und seiner Angehörigen werden Personen, die Personalentscheidungen treffen oder daran beteiligt sind, weder zugänglich sein noch von Zugriffsberechtigten weitergegeben.

Sozialdaten sind beim Betroffenen zu erheben. Ohne seine Mitwirkung dürfen diese nur in Ausnahmefällen erhoben werden, wenn z. B. die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden.

Die Übermittlung von Sozialdaten für die Erfüllung sozialer Aufgaben sowie an andere Behörden und Einrichtungen regeln die § 69 ff. SGB X.

Ist ein Antragsteller oder Leistungsempfänger der Ansicht dass er bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner personenbezogenen Sozialdaten in seinen Rechten verletzt wurde, kann er sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden. Außerdem ist dem Betroffenen auf Antrag Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Sozialdaten unter Angabe des Zwecks der Speicherung zu erteilen,

Пам'ятний лист

про призначення соціальної допомоги згідно Закону про соціальну допомогу XII та Закону про пільги шукачам притулку

Правові основи

- Закон про соціальну допомогу (SGB), Перша книга (I) Загальна частина,
- Закон про соціальну допомогу (SGB), Десята книга (X) Адміністративний порядок, захист соціальних даних, співпраця між органами соціального захисту та вимоги про відшкодування та компенсації органів соціального захисту до третіх осіб,
- Закон про соціальну допомогу (SGB), Дванадцята книга (XII) Соціальна допомога.

На додаток до цих законів, до надання допомоги мають відношення відповідні закони, нормативні акти, директиви і заяви, що застосовуються в окремих федеральних землях

Соціальна допомога як частина соціального забезпечення

Соціальна допомога є частиною соціального забезпечення, яке надається особам, якщо вони самі не можуть позбутися надзвичайної ситуації або не отримують допомоги від своїх родичів чи третіх осіб.

Потрібна не лише державна допомога, а й дії самої особи, яка має право на допомогу. Вона повинна працювати в міру своїх можливостей, щоб жити незалежно від допомоги. Це означає використання своєї робочої сили для заробітку на життя для себе та утриманців. Крім власної робочої сили, доходи та активи мають використовуватися з перевагою перед наданням соціальної допомоги.

Так само не отримують соціальної допомоги ті, хто отримує необхідну допомогу від інших, зокрема від родичів.

Лише тоді, коли ці можливості недоступні або вони більше не доступні, виникає потреба в утриманні, яка покривається виплатою соціальної допомоги.

Вид і обсяг виплат

Соціальна допомога, за винятком базових виплат за віком та у разі зниження працездатності, розпочинається з моменту, коли орган соціального захисту або уповноважені ним установи дізнаються про виконання вимог щодо надання допомоги.

Допомога на прожитковий мінімум включає всі основні потреби і виплачується в розмірі стандартної ставки. Це, зокрема, харчування, одяг, догляд за тілом, побутові речі та особисті потреби повсякденного життя. Пільги на проживання та опалення будуть надаватися у фактичній сумі, якщо це обґрунтовано.

З 2005 року одноразові виплати включені до стандартної ставки, а це означає, що особи, які мають право на допомогу, несуть більше

особистої відповідальності. За потреби Ви можете самостійно заощадити частину щомісячних платежів на більшу покупку в майбутньому.

Також окремо буде надано наступне:

- Основне обладнання для квартири, включаючи побутову техніку
- Основний одяг, в тому числі для вагітності та пологів
- Придбання та ремонт ортопедичного взуття, ремонт терапевтичних апаратів та обладнання.

Заборогованість може бути припущена лише в тому випадку, якщо це виправдано для забезпечення житла або для усунення аналогічних матеріальних труднощів.

Співпраця особи, яка має право на допомогу

Кожен, хто звертається або отримує соціальні виплати, зобов'язаний співпрацювати з органами влади. Повинні бути викладені всі факти, що мають відношення до виплат. На вимогу органу влади має бути погоджено надання необхідної інформації третіми особами. Вся інформація має бути підтверджена документами, довідками або іншими причетними особами. Про будь-яку зміну особистих та економічних обставин, яка є істотною для надання допомоги, необхідно негайно повідомити орган соціального захисту. Це зобов'язання щодо повідомлення застосовується, зокрема, якщо особа, яка має право на допомогу, та його сім'я, що проживає в домогосподарстві, отримують дохід, невідомий органу влади. Це зобов'язання також застосовується, якщо наявні активи змінюються, родичі приєднуються до домогосподарства або залишають домогосподарство, а також у разі зміни умов життя (наприклад, через переїзд). Про подання заяв, попередню заяву та рішення про надання чи відхилення інших соціальних виплат (наприклад, пенсії, допомоги, подібні до пенсії, допомоги по безробіттю або допомоги по безробіттю II, допомога по хворобі тощо) необхідно повідомити органу соціального захисту, оскільки а також подання апеляцій на рішення інших органів соціального захисту, а також про подання апеляцій на рішення інших органів соціального захисту.

Неповідомлення органу соціального захисту про зміни в особистих та економічних обставинах призведе до повернення виплат та притягнення до кримінальної відповідальності одержувача виплат.

Особливе значення надається особистій співпраці між органом влади та особи, яка має право на допомогу. Особа, яка має право на допомогу, зобов'язана особисто з'явитися до органу влади для усного обговорення заяви, якщо це необхідно для прийняття рішення.

Через відсутність співпраці орган соціального захисту може повністю або частково відмовити або відкликати виплаті, якщо не доведено передумов для отримання допомоги. Орган соціального захисту зробить усе, що в його силах, щоб забезпечити виконання особою, яка має право на допомогу, своїх зобов'язань щодо співпраці.

Однак є обмеження щодо зобов'язання співпраці. Вона повинна бути в розумній пропорції до потенційної або заявленої соціальної допомоги та бути припустимою для зацікавленої особи. Відмова від співпраці може бути виправданою, якщо існує висока ймовірність того, що під час лікування чи обстеження неможливо виключити шкоду життю чи здоров'ю, або якщо очікується значний біль чи значне порушення фізичної цілісності.

Відшкодування витрат

Орган соціального захисту може вимагати від одержувача допомоги відшкодування витрат, якщо він після досягнення 18 років спричинив виплату соціальної допомоги або її вимоги до себе чи своїх утриманців шляхом умисної або грубої недбалості поведінки.

За певних обставин спадкоємці одержувача допомоги або їх подружжя чи партнери зобов'язані виплатити компенсацію.

Орган соціального захисту

Як правило, незалежні міста та округи є відповідальними за надання соціальної допомоги у місцевих органах соціального захисту. У виняткових випадках це надмісцеві установи, визначені відповідно до закону відповідної федеральної землі.

За місцевих мешканців відповідальність несе місцевий орган соціального захисту, в районі якого особа, яка звертається за допомогою, зазвичай перебувала раніше. Орган офіційно перевіряє факти справи та вирішує, яка допомога можлива.

Підтвердження отримання

На даний момент у мене / у нас немає питань щодо подання заявки. Мене / нас детально проінформували про положення, що стосуються захисту даних на додаток до того, що зазначено вище.

Мені / нам була видана копія цього пам'ятного листа.

Місце, дата

Підпис особи, яка має право на допомогу

Підпис подружжя / зареєстрованого партнера / партнера

Захист соціальних даних

Заява про надання соціальної допомоги на різні види виплат, а також документи в справах, які накопичуються в процесі опрацювання, містять відомості про особисті та фактичні обставини (соціальні дані), які в окремих випадках необхідні для оформлення та прийняття рішення про надання допомоги. Кожен заявник або одержувач виплат має право на те, що соціальні дані, які стосуються його, не збираються, не обробляються або не використовуються органами соціального захисту без дозволу (соціальна таємниця). Це гарантує, що соціальні дані доступні лише уповноваженим особам або передаються лише їм. Соціальні дані працівника органу соціального захисту та його родичів не будуть доступні особам, які приймають кадрові рішення або причетні до них, а також не будуть передані уповноваженими особами.

Соціальні дані повинні бути зібрані від зацікавленої особи. Без його співпраці вони можуть бути зібрані лише у виняткових випадках, наприклад, збирання даних від суб'єкта даних вимагало б непропорційних зусиль, і немає жодних ознак того, що інтереси суб'єкта даних, які заслуговують захисту, зазнають негативного впливу.

Передача соціальних даних для виконання соціальних завдань та іншим органам та установам регулюється § 69 і далі Закону про соціальну допомогу X.

Якщо заявник або одержувач виплат вважає, що його права були порушені під час збору, обробки або використання його персональних соціальних даних, він може звернутися до уповноваженого із захисту даних федеральної землі. Крім того, на запит суб'єкту даних має бути надано інформацію про соціальні дані, що зберігаються про нього, із зазначенням мети зберігання,